

Disput um Gläserne Wände

Publiziert am 22. Oktober 2015 von Wilfried Müller

Der Humanistische Verband Deutschlands HVD¹ hat im September 2015 einen Bericht zur Benachteiligung nicht-religiöser Menschen in Deutschland publiziert. Der Bericht² von Michael Bauer und Arik Platzek heißt Gläserne Wände und vertritt die grundlegenden Anti-Diskriminierungs-Rechte auch gegenüber den Kirchen (Bild: skeeze, pixabay):

- Alle Bürgerinnen und Bürger haben die gleichen Rechte.
- Gleiches muss gleich behandelt werden.
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind gleich zu behandeln (Art. 140 Grundgesetz).
- Alle Bürger haben das gleiche Recht, ihre religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen zu leben und zu verwirklichen.
- Niemand darf aufgrund der religiösen Überzeugung anderer in seiner eigenen Lebensführung eingeschränkt oder genötigt werden, die jeweilige Überzeugung zu übernehmen.



Darauf ist die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW)³ in ihrem EZW-Newsletter 10/2015⁴ mit einem Text von Dr. Reinhard Hempelmann eingegangen. Er findet die Forderungen nach Stop der Diskriminierung nicht überzeugend, vor allem weil suggeriert werde, der HVD vertrete die Interessen der 25 Millionen Menschen, die keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören, während er nur 0,1% davon als Mitglieder habe. Der HVD lasse auch ungeklärt, was er wirklich wolle, und wenn er für Laizismus eintrete, sei auch sein Vorzeigeprojekt "Humanistische Lebenskunde im öffentlichen Raum der Schule" hinfällig.

Auf diese Kritik reagierte der HABO-Sprecher Dennis Riehle mit einem offenen Brief an den EZW-Autor. Er vermisst das Eingehen auf die wirklichen Probleme und verteidigt den HVD. Schließlich stellt er klar, dass humanistische Lebenskunde nicht religiös ist und mahnt eine Trennung von Sachberichterstattung und Kommentierung an.

Der EZW-Text:

HVD beklagt Diskriminierung nichtreligiöser Menschen

Die Broschüre⁵ heißt "Gläserne Wände", ihre Verfasser sind Michael Bauer und Arik Platzek. Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) hat darin auf 94 Seiten einen "Bericht zur Benachteiligung nichtreligiöser Menschen in Deutschland" vorgelegt. Das Motto der Broschüre wird so erläutert: "Viele dieser Diskriminierungen, die wir in Deutschland feststellen, ergeben sich durch gläserne Wände. Damit ist gemeint, dass nichtreligiösen Bürgerinnen zwar in Gesetzen grundsätzlich gleiche Rechte zugebilligt werden, sie diese aber dennoch nicht gleichberechtigt wahrnehmen können. Sie können ihre Rechte also wie durch eine gläserne Wand 'besichtigen', aber sie können sie nicht nutzen."

Dem Staat wird vorgehalten, die christlichen Kirchen und andere religiöse Gemeinschaften zu privilegieren und damit seine grundgesetzlich vorgegebene religiöse und weltanschauliche Neutralität zu verletzen. Zwar sei die deutsche Situation nicht mit der offenen Unterdrückung nichtreligiöser Menschen zum Beispiel in zahlreichen islamisch geprägten Staaten vergleichbar. Genauer betrachtet würden nichtreligiöse Menschen jedoch auf dem Arbeitsmarkt, in Kindertagesstätten, in Schulen, in Hochschulen, im Gesundheitswesen, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in den Medien benachteiligt.

Didaktisch ist die Broschüre ansprechend gestaltet. Immer wieder werden Bilder und Statements von Humanistinnen und Humanisten in die Darlegungen eingefügt, die die "Ausgrenzung und soziale Ächtung Anders- und Nichtgläubiger" beklagen. Mit Emphase plädieren die Verfasser für die Gleichberechtigung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Gleich zu Beginn heißt es: "In der gesellschaftlichen und politischen Realität sind jedoch bis heute vor allem die christliche Religion und die traditionellen Kirchen stark privilegiert. Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit klaffen hier weit auseinander."

¹ <http://www.humanismus.de/>

² <http://www.atheisten-info.at/infos/Glaeserne-Waende-2015-web.pdf>

³ <http://www.ezw-berlin.de/html/index.php>

⁴ Link zu allen EZW-Newslettern der letzten Monate: www.webmart.de/nlhistory.cfm?id=41596

⁵ siehe dazu auch <http://www.atheisten-info.at/infos/info2620.html> und <http://www.atheisten-info.at/infos/info2642.html>

Neues gibt es in der Broschüre freilich nicht zu lesen. Der Humanistische Verband wiederholt seine politischen Forderungen und stellt sie unter das Thema Diskriminierung. Nicht überzeugend ist diese Argumentation vor allem deshalb, weil suggeriert wird, der HVD vertrete die Interessen von mehr als 25 Millionen Menschen, die keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören. Es ist eine realitätsferne Wunschvorstellung, sie für die Interessen des Humanistischen Verbandes zu vereinnahmen, der in einer freidenkerischen Tradition steht und eine atheistische Weltdeutung vertritt. Der HVD kann für seine Mitglieder sprechen, deren Zahl begrenzt ist. In der Broschüre wird auf Seite 91 von rund 25000 Mitgliedern gesprochen, die zum HVD gehören. Das sind 0,1 Prozent von 25 Millionen.

Die Diskriminierungsbroschüre erinnert daran, dass das religionsfreundliche Modell des Verfassungsrechts in Deutschland nicht unumstritten ist. Es bleibt in den 33 politischen Forderungen, die am Schluss der Broschüre aufgelistet werden, allerdings ungeklärt, ob positive oder negative Gleichbehandlung gefordert wird, ob es dem HVD um eine stärkere Beteiligung zum Beispiel im Bildungsbereich geht - u. a. mit humanistischen Lehrstühlen an Universitäten und dem Fach Humanistische Lebenskunde an öffentlichen Schulen in ganz Deutschland - oder um die strikte Trennung von Staat und Kirche und um das Plädoyer für einen laizistischen Staat, der religiöse Symbole und Angebote aus dem öffentlichen Raum grundsätzlich verbannt. In einem laizistischen Staat könnte es eine Humanistische Lebenskunde im öffentlichen Raum der Schule nicht geben. Dieses Vorzeigeprojekt des HVDs wäre damit hinfällig.

Dr. Reinhard Hempelmann

Die Replik von Dennis Riehle:

Sehr geehrter Herr Dr. Hempelmann,

Sie haben im aktuellen Newsletter der „Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen“ (EZW), Ausgabe 10/2015, unter Punkt 1 über die Broschüre „Gläserne Wände“ des „Humanistischen Verbandes Deutschlands“ (HVD) geschrieben.

Ich bin überaus erstaunt, dass Ihre Einlassungen doch weitgehend oberflächlich geblieben sind. Eigentlich hätte ich von einer Fachstelle wie der Ihrigen erwartet, dass Sie mehr feststellen als die Aussage, wonach das Heft „ansprechend gestaltet“ ist. Mit den inhaltlichen Vorhaltungen haben Sie sich recht wenig auseinandergesetzt, wie ich den vielen offenen Fragen entnehme, die Sie an den HVD richten - welche sich aber gleichzeitig schon seit langem beantwortet haben.

Insgesamt wirkt der Text weitgehend „bemitleidend“; ich denke, Sie sind nicht der Meinung, dass die Konfessionsfreien in Deutschland Benachteiligung erfahren. Zumindest lässt sich dies aus dem Tenor Ihrer Botschaft ablesen. Beim Einfordern von Toleranz für die (evangelische) Kirche entnehme ich Ihren Beiträgen stets einen deutlichen Nachdruck. Dass Religionsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes aber eben auch bedeutet, „Ungläubigen“ (wie ich erst vor kurzem wieder von einem Protestanten angesprochen wurde) gleiche Rechte wie religiösen Menschen zuzusprechen (eben eine aktive Gleichberechtigung), vermisse ich in Ihren Worten immer öfter. Dabei könnte ich Ihnen allein von meiner Seite aus dem vergangenen Jahr knapp zwei Hand voll Erfahrungen aufzählen, in denen ich selbst eine Form der Diskriminierung erlebt habe. Obwohl ich doch jemand bin, der sich um den Dialog bemüht und nicht auf Konfrontation aus ist, gehört für mich zum demokratischen Grundverständnis zunächst als Basis für alle verbale Auseinandersetzung die Chance, sich auf Augenhöhe zu begegnen. Darin inbegriffen sollte sein, Andersdenkende (aus welchen Gründen auch immer) nicht klein zu reden oder ihre Anliegen - wenn auch durch die Hintertür - ins Lächerliche zu ziehen. Es wäre schön, wenn Sie es schaffen könnten, mit Respekt auf die Bedürfnisse von Weltanschauungen zu blicken, denen Sie selbst nicht angehören.

Zu der Kritik, wonach der HVD suggeriere, er würde für die 25 Millionen konfessionsfreien Bürger in Deutschland sprechen, möchte ich entgegenhalten: Steht die Repräsentanz von Interessen immer mit der Mitgliedschaft in einer Organisation in Zusammenhang? Sind Sie sich denn umgekehrt sicher, dass alle 25 Millionen Mitglieder der evangelischen Kirche auch tatsächlich das glauben, fühlen und denken, was die protestantischen Funktionsträger in die Öffentlichkeit tragen? Ich weiß nicht, ob ich aus Ihren Worten letztlich Neid ablesen soll; die Einklassifizierung, wonach der „Humanistische Verband Deutschlands“ in „freidenkerischer“ Tradition stehe und eine atheistische Weltsicht vertrete (was offenkundig aus Ihrer Sicht die Mehrheit der 25 Millionen Konfessionsfreien nicht tun), haben Sie für den Zweck Ihres Artikels angepasst - denn objektiv kann der Darstellung nicht zugestimmt werden: Der HVD findet seine Wurzeln in freireligiösen Bewegungen (gern erläutere ich Ihnen den Unterschied zwischen freidenkerischer und freireligiöser Weltsicht noch einmal) - und umfasst damit ein weitaus breiteres Spektrum an Überzeugungen, als Sie es ihm letztlich zuschreiben möchten. Und was seine heutige Ausrichtung angeht, verweise ich auf die zahlreichen Veröffentlichungen des „Humanistischen Verbandes Deutschlands“, die eben nicht nur Atheisten ansprechen: Agnostiker, freigeistige Bevölkerungsteile und eben Konfessionslose ohne Einschränkung, welchem Glauben sie nachfolgen.

Noch zum Thema der „Lebenskunde“: Nachdem Sie sich ja nun schon seit längerer Zeit auch mit dem HVD beschäftigen und sicherlich auch ein Kenner weltanschaulicher Strukturen sind, ist Ihnen sicherlich bekannt, dass vom „Humanistischen Verband Deutschlands“ das Modell des „Kooperativen Laizismus“, das sich beispielsweise in Belgien und den Niederlanden etabliert hat, propagiert wird. Es will keine Verdrängung der Religion aus der Gesellschaft, sondern eine Trennung von Staat und Kirche im Sinne einer Gleichberechtigung ohne Privilegien.

Damit erklärt sich auch die Frage nach der „Humanistischen Lebenskunde“: Ein verbindlicher und für alle Schüler verpflichtender Ethikunterricht der neutralen Wertevermittlung plus das Angebot des freiwilligen Religions- oder Weltanschauungsunterricht, beispielsweise der „Humanistischen Lebenskunde“, sind der Standpunkt des HVD. Insofern wäre - sofern Sie über diese Haltung nicht ohnehin schon Bescheid wussten - eine einfache Recherche ausreichend gewesen, um nicht einen tendenziösen Artikel zu veröffentlichen, der den Eindruck erweckt, der „Humanistische Verband Deutschlands“ lasse zentrale Fragestellungen unbeantwortet. Schlussendlich wäre es für eine Differenzierung auch notwendig gewesen, die „Lebenskunde“, die Sie ja so offensichtlich als ein explizit religiöses Schulfach sehen, in einer Analyse dem Religionsunterricht im konfessionsgebundenen Verständnis sorgsam gegenüber abzugrenzen.

Im Übrigen würde ich anraten, dass Sie künftig deutlicher zwischen Sachberichterstattung und Kommentierung unterscheiden und dies auch kenntlich machen. Solche Anregungen hatte ich bereits früher vorgebracht, da Sie auch im aktuellen Beitrag wiederum Formulierungen gewählt haben, die in persönlicher Bewertung kaum zu übertreffen sind.

Sie zementieren mit dem Text Ihre bisherigen Einlassungen und Bewertungen, mit denen Sie dem „Humanistischen Verband Deutschlands“ auch in der Vergangenheit begegnet sind. Um es deshalb abschließend mit Ihren Worten zu sagen: In Sachen HVD gibt es von der EZW „freilich nichts Neues“...

Dennis Riehle, Sprecher, Nicolas Kienzler (Stellvertreter), Manuel Oexle (Stellvertreter)

Humanistische Alternative Bodensee⁶ - Säkular-humanistischer Zusammenschluss

⁶ <http://www.humanisten-bodensee.de/>